

Heliosgelände

Mehrheit stimmt für Schule

Der Plan, das Heliosgelände für den Bau einer Schule zu nutzen, findet immer mehr Anklang. Auch die Grünen sprechen sich gegen ein Einkaufszentrum aus. Die Bürger wollen weiterhin an der Planung beteiligt werden.



Das Heliosgelände in Ehrenfeld.

Bild: Steinbach

Ehrenfeld - Weitere Befürworter erhält der Plan, einen Teil des Heliosgeländes für den Bau einer Schule zu nutzen. Arnd Klocke, Landtagskandidat von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes, verspricht für den Fall seiner erneuten Wahl in das Landesparlament, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung die erforderliche Genehmigung für diese Schule erteilt.

Die sogenannte „Inklusive Universitätsschule“ (IUS) soll in mehrfacher Hinsicht offen für alle sein. Unterrichtet wird von der Klasse eins bis zum 13. Schuljahr. Als Inklusive Schule stünde die Einrichtung auch Menschen mit Behinderung offen. Die Unterrichtseinheiten werden zu einem großen Teil von Lehramtsstudenten mit vorbereitet und mitgestaltet, denn die Schule soll Teil der Lehrerausbildung an der Universität zu Köln werden.

Kooperationen mit örtlichen Einrichtungen

Außerdem sieht das Konzept möglichst viele Kooperationen mit örtlichen Einrichtungen vor sowie die Möglichkeit, dass auch Bürger schulische Räume nutzen dürfen. Der Ortsverband Ehrenfeld der Grünen fordert die Kölner Verwaltung auf, alle Voraussetzungen für die Ansiedlung der IUS auf dem Helios-Gelände zu schaffen und die notwendigen Gespräche mit dem Land zu führen. Zunächst müsste demzufolge über einen Grundstückskauf mit den derzeitigen Eigentümern des Helios-Areals gesprochen werden. Die Initiatoren der Schule gehen dabei vom 11 500 Quadratmetern benötigter Fläche aus. Die würde gut einem Viertel der Gesamtgröße des Areals entsprechen.

Barbara Moritz, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat, verlangt dabei einen, „fairen Preis“ von der Gruppe um den Kölner Unternehmer Paul Bauwens-Adenauer. Zudem forderte Moritz eine klare Abkehr von der Idee eines Einkaufszentrums. Die Bürgerbeteiligung habe ergeben, dass die Ehrenfelderinnen und Ehrenfelder dies nicht wollen. Gewünscht werde – neben dem für die Schulgebäude benötigten Bereich – ein belebtes Viertel mit attraktiven Plätzen und öffentlichen Wegen. Auf das, so Moritz „qualifizierte Ergebnis“ der Bürgerbeteiligung könnten die Teilnehmer „stolz sein“ Es sei mit „viel Engagement, Leidenschaft und Sachkenntnis“ erarbeitet worden.

Entstehung preiswerter Wohnungen?

Etwa 100 Bürgerinnen und Bürger hatten sich in vier Werkstattgruppen im Februar und im März jeweils dreimal getroffen. In ihrer Empfehlungsliste sprachen sie sich zudem für den weitgehenden Erhalt der bestehenden gewerblichen Nutzungen auf dem Gelände aus. Dazu gehören Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe sowie Ateliers und Werkstätten. Ausgedehnt werden solle die Einzelhandelsfläche jedenfalls nicht. Zudem sprachen sich die Bürger für den Bau von preiswerten Wohnungen aus.

„Dies deckt sich mit unserer Position“, sagen die Ehrenfelder Grünen. Weitgehende Übereinstimmung gibt es auch mit dem 22-Punkte-Papier der Ehrenfelder SPD. Die Sozialdemokraten hatten sich unlängst ebenfalls deutlich für die Ansiedlung der Inklusiven Universitätsschule ausgesprochen.

Kritik übt daran die Ehrenfelder CDU. Die Christdemokraten werfen der SPD Einflussnahme vor, weil ihre Befürwortung der Universitätsschule auf dem Helios-Gelände vor der abschließenden Werkstattpräsentation der Bürgerbeteiligung verkündet worden sei.

Bürgerbeteiligung soll fortgesetzt werden

Das Köln-Luxemburger Stadtplanungsbüro Dewey-Muller, das mit der Organisation und Moderation der Bürgerbeteiligung beauftragt war, erarbeitet bis Mitte Mai die endgültige Fassung des Ergebnisses. Bereits jetzt gibt es Stimmen, die fordern, dass die Beteiligung der Bürger am weiteren Verfahren zum Heliosgelände fortgesetzt werden soll.

Das Ergebnis der Bürgerbeteiligung soll die Grundlage für einen städtebaulichen Planungswettbewerb bilden und Teil des Auslobungstextes werden. Viele Bürger verlangen nun, dass auch ihnen – und nicht nur einer Fachjury – die eingereichten Beiträge vorgelegt werden.